



Detailansicht des Registereintrags

ProjectTogether gGmbH

Stand vom 08.07.2025 14:35:44 bis 01.09.2025 10:58:39

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R005529
Ersteintrag:	12.12.2022
Letzte Änderung:	08.07.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	08.07.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Karl-Liebknecht-Straße 34 10178 Berlin Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +4930609877680 E-Mail-Adressen: info@projecttogether.org Webseiten: https://projecttogether.org/</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Öffentliche Zuwendungen, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

410.001 bis 420.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

4,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Henrike Schlottmann**
Funktion: Geschäftsführerin

2. **Philipp Von der WippeL**
Funktion: Geschäftsführer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (22):

1. **Sophia Von Bonin**

2. **Noah Schöppl**
Tätigkeit bis 07/22:
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

3. **Johannes Tödte**

4. **Robert Peter**
Tätigkeit bis 10/21:
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

5. **Catalin Hartwig**

6. **Jonathan Funke**

7. **Arne Treves**

8. **Lisa Klein**

9. **Etienne Degeest**

10. **Simon Dallner**

11. **Bahne Carstensen**

12. **Lucie Schock**

13. **Philipp Burckhardt**

14. **Luisa Seiler**

15. **Tiaji Sio**

Tätigkeit bis 12/23:
Konsulatssekretärin
im Auswärtiges Amt (AA) oder dessen Geschäftsbereich

16. **Sarina Spiegel**

17. **Gina Rembe**

18. **Vanessa Esslinger**

- 19. Danayt Bokrezion**
- 20. Vanessa Gstettenbauer**
- 21. Henrike Schlottmann**
- 22. Philipp Von der Wippel**

Mitgliedschaften (3):

1. Send e.V.
2. Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft
3. Bundesverband Deutsche Startups e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (22):

Arbeitsmarkt; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Berufliche Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Land- und Forstwirtschaft; Lebens- und Genussmittelindustrie; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Staatsorganisation; Verwaltungstransparenz/Open Government; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Handwerk; Kleine und mittlere Unternehmen; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

ProjectTogether ist eine gemeinnützige Organisation, die Informations- und Bildungsveranstaltungen konzipiert und durchführt, Wissen, materielle und immaterielle Ressourcen zur Verfügung stellt, anwendungsbezogene Forschungsvorhaben durchführt und zur Entwicklung und Verbreitung von Konzepten beiträgt. Dazu schafft ProjectTogether neuartige Kollaborationen und bringt Akteure aus Staat, Zivilgesellschaft und Unternehmen zusammen, um Lösungen auf gesellschaftliche Herausforderungen zu entwickeln und in die Umsetzung zu bringen. Aktuell aktive Themenbereiche umfassen Kreislaufwirtschaft, Fachkräftemangels für Klimajobs, zukunftsfähiges Ernährungssystem und Landwirtschaft, erneuerbare Energien, gut funktionierende Ankommens- und Teilhabeprozesse sowie wirksame und handlungsfähige staatliche Strukturen.

Zum Zwecke der Interessensvertretung werden Gespräche sowohl mit MDBs als auch deren Mitarbeitenden, sowie mit Mitarbeitenden der Bundesverwaltung geführt. Teilweise werden vorher genannte Menschengruppen auch zu von uns organisierten Bildungsveranstaltungen wie z. B. Workshops eingeladen.

Interessensvertretung findet allgemein zu den oben genannten Themen statt. Darüber hinaus

setzen wir uns für eine gute Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft (Vehikel wie Öffentlich-Zivilgesellschaftliche Koordinierungsrunde, privat-öffentlicher Förderfonds, Public-Civic-Partnerships), die Skalierung von Open Social Innovation und ähnlichen Methoden, sowie für effektive staatliche Strukturen ein.

Konkrete Regelungsvorhaben (7)

1. Empfehlungen zur Ausweitung der Förderung von Agroforst

Beschreibung:

Agroforst sollte stärker finanziell und institutionell gefördert werden. Eine solche Förderung sollte 1) groß gedacht sein, 2) Agrobiodiversität mit dem Klima- und Ressourcenschutz, der Produktivität und der Klimaresilienz bestmöglich verbinden, 3) auf Planungssicherheit der Landwirtschaftsbetriebe abzielen und Sorgen und Unsicherheiten berücksichtigen, 4) möglichst viele Praktiker:innen erreichen, 5) sich auf die Langlebigkeit der Wirkung auf Betriebsebene beziehen, nicht auf die Fläche 6) integrativ gedacht werden 7) ohne bürokratische Hürden und bundesweit in Anspruch genommen werden können, 8) sich vorläufig an der Agroforst-Definition der GAPDZV ausrichten, 9) erreichte politische Errungenschaften und Kompromisse nicht gefährden, sondern darauf aufbauen und ergänzen

Betroffenes geltendes Recht:

AgrStruktG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

2. Etablierung privat-öffentlicher Förderfonds zu Anommens- und Teilhabeprozessen

Beschreibung:

Der Fonds soll als innovative und effektive Möglichkeit zur Mittelakquise, niedrigschwelligen Förderung und Verbesserung von Anommens- und Integrationsprozessen in Deutschland erwiesen. Der Fonds soll nun auch mit öffentlichen Mitteln zu einem öffentlich-privaten Förderfonds weiterentwickelt werden, um bei künftigen Krisenlagen schnell handlungsfähig zu sein.

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]

3. Staatsreform als zentrales Ziel der nächsten Bundesregierung

Beschreibung:

Die Staatsreform wird durch ein Ministerium für Digitalisierung und modernen Staat (1) vorangetrieben. Die Bundesregierung steuert die Politik über klar formulierte zentrale politische Ziele (2). Messbare Wirkungsziele bilden die Grundlage der Haushaltsführung (3). Insbesondere die neu beschlossenen Sondervermögen werden mit Wirkungszielen versehen (4). Der Gesetzgebungsprozess wird umgestellt: praxisnah, digital umsetzbar, mit Beteiligung aller Umsetzungsakteure (5). Bürokratie wird abgebaut und ein Digitalisierungsrahmengesetz

verabschiedet (6). Es wird eine umfassende Aufgaben- und Kostenkritik der föderalen Aufgaben durchgeführt (7). Die Arbeit interministerieller Projektteams wird ausgeweitet (8). Die Verwaltung wird gegen anti-demokratische Strukturen gestärkt (9).

Betroffenes geltendes Recht:

GG [alle RV hierzu]; BHO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Staatsorganisation [alle RV hierzu]

4. Erwerbspotentiale in Deutschland heben - wirkungsvolle Arbeitsmarktintegration durch einen lernenden Staat

Beschreibung:

Die Joblinge gGmbH und Project Together gGmbH fordern eine stärkere Verbindung von Wirkungsorientierung und Arbeitsförderung. In der 21. WP gilt es, die entscheidenden Weichen für eine gelingende Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt zu stellen. Dabei sollte neben aktiver Arbeitsmarktpolitik auf eine ziel- und wirkungsorientierte Haushaltsführung fokussiert werden. Gerade in der Verbindung dieser beiden Themen liegt ein enormes Potenzial für den Wirtschaftsstandort Deutschland, da sich im Bereich der Arbeitsförderung durch eine klare Zielsteuerung öffentliche Gelder deutlich effizienter einsetzen lassen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Zur Modernisierung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung (SGB III Modernisierungsgesetz) 20/12779

Datum des Referentenentwurfs: 09.09.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]

5. DGAP Policy Brief

Beschreibung:

Der Fachkräftemangel verlangsamt die Nachhaltigkeitstransformation. Fachkräfteeinwanderung, auch aus dem außereuropäischen Ausland, hilft, Lücken zu schließen. Die Ausbildung und Anwerbung „grüner“ Fachkräfte aus klimavulnernablen Ländern kann Synergien zwischen Wirtschaftspolitik und Entwicklungszusammenarbeit erzeugen. Sinnvoll sind dafür: Berücksichtigung „grüner Berufe“ und insb. klimawandelbedrohter Herkunftsländer in der „Chancenkarte“, steuerliche Anreize und Investitionsgarantien f. die Aus- und Weiterbildung grüner Fachkräfte, Migrationsabkommen mit besonders vom Klimawandel betroffenen Ländern, Ausbildungspartnerschaften f. „Green Skills“, Abbau von Hürden f. die Arbeitsmigration geflüchteter Fachkräfte, intern. standardisierte „Green Skills“ und Nutzung von Teilqualifizierungen

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2507040015](#) (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

6. Whitepaper: Kreislaufwirtschaft als Motor für die deutsche Wirtschaft**Beschreibung:**

Die Kreislaufwirtschaft bietet einen zentralen Hebel, um wirtschaftliche Resilienz zu stärken, Ressourcenabhängigkeit zu sichern und den Industriestandort Deutschland zukunftsfähig aufzustellen. Sie sollte damit ein essenzieller Baustein der industriepolitischen Neuausrichtung Deutschlands sein.

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2507040016](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2025 an:

Bundestag

Faktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. Wie wir Mehrweg To-Go jetzt stärken müssen

Beschreibung:

Seit dem 01.01.2023 gilt in D die Mehrwegangebotspflicht für Speisen und Getränke zum Sofortverzehr, etwa im Mehrweg To-Go Bereich. Ein Meilenstein für den Ressourcenschutz, so schien es. Doch statt des erhofften Rückenwinds für Mehrweg To-Go macht sich inzwischen

Ernüchterung breit: die Flut an Einwegverpackungen steigt weiter an, der Anteil von Mehrweg im Außer-Haus-Verzehr bleibt minimal: laut einer vom WWF Deutschland in Auftrag

gegebenen Studie der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung (GVM) konnte innerhalb eines

Jahres lediglich eine Steigerung von geringen 0,7 % (2022) auf nun 1,6 % (2023) verzeichnet werden. Gleichzeitig wuchs die Gesamtmenge an Verpackungsabfällen im Außer-Haus-Bereich von 13,6 Milliarden (2022) auf 14,6 Milliarden Einwegverpackungen (2023).

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507040018 (PDF - 25 Seiten)

Adressatenkreis:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (4):

1. Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Osnabrück

Betrag: 210.001 bis 220.000 Euro

MEHRWEG.EINFACH.MACHEN - die Allianz der Mehrweg-Macher:innen
Gemeinsam machen wir Mehrweg zum neuen Standard.

2. Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Neustrelitz

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Circular Futures: Anschub neuer Collective-Action-Prozesse für die Ressourcenwende

3. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bonn Berlin

Betrag: 820.001 bis 830.000 Euro

10.000 Tage - ein Projekt zur breiten Mobilisierung, Ausbildung und Stärkung von Fachkräften für die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft und Gesellschaft

4. Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 990.001 bis 1.000.000 Euro

Aufbau eines privat-öffentlichen Förderfonds mit dem Welcome Alliance Fund, 900.000 EUR von 1.000.000 EUR wurden an Dritte weitergeleitet

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

5.730.001 bis 5.740.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. Viehof, Kai

Betrag: 680.001 bis 690.000 Euro

Schenkung für satzungsgemäße Zwecke, teilw. zweckgebunden für konkrete Projekte

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[157431-JA-Prufungsbericht-WP-Testat-2023.pdf](#)